

Hasse rügt Belauschen von Polizisten

Landesdatenschutzbeauftragter kündigt eigene Überprüfung der Ermittlungen an

Erfurt. Thüringens Landesdatenschutzbeauftragter Lutz Hasse stürzt sich in den nächsten Konflikt mit Staatsanwaltschaft und Innenministerium. Wie Hasse am Freitagabend per Mail ankündigte, werde er die angeblich monatelange Observation von Mühlhäuser Polizisten durch interne Ermittler, insbesondere das Belauschen von Telefongesprächen sowie das Durchforsten von E-Mails einer datenschutzrechtlichen Überprüfung unterziehen und rasch Einsicht in die Ermittlungsakten nehmen. Hasse, der ausdrücklich auf seine „verfassungsrechtlich verankerte unabhängige Prüfkompetenz“ ver-

weist, kündigte schon mal vorsorglich einen Forderungskatalog zur Sicherung des Grundrechts der informationellen Selbstbestimmung auch für Polizisten an, sollte sich herausstellen, dass bei den Ermittlungen gegen die Beamten „übers Ziel hinausgeschossen wurde“, wie der oberste Datenschützer des Freistaats in seiner Mitteilung formuliert.

Staatsanwaltschaft und Polizei ermitteln gegen Polizeibeamte aus Mühlhausen. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft hatte am Donnerstag einen MDR-Bericht bestätigt, wonach man einem Verdacht auf Betrug und Untreue nach-

gehe. Es gehe um eine eher geringe Schadenssumme. Einzelheiten nannte der Sprecher nicht. Laut MDR sollen die Beamten Dienstfahrzeuge privat genutzt haben, etwa für Einkäufe. Zur Aufklärung seien auch interne Ermittler des Landeskriminalamtes eingeschaltet worden, die ihre Kollegen monatelang observiert hätten, inklusive Abhören von Diensthandys und verdeckter Spiegelung von Computerdaten. Dabei sollen die Internen auch eine permanente Mithörfunktion der Polizei-Telefone genutzt haben.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kritisierte das Vorgehen

als unverhältnismäßig. „Wir wissen von Maßnahmen, die nach der Strafprozessordnung gar nicht möglich gewesen wären“, sagte GdP-Landeschef Marco Grosa. Das Innenministerium solle gegen Behördenleiter vorgehen, die solche Methoden anwiesen.

Datenschützer Hasse hatte sich bereits in die Ermittlungen wegen der angeblichen Weitergabe des polizeilichen Einsatzplans an Journalisten beim Papstbesuch eingeschaltet und das Vorgehen der Staatsanwaltschaft – unter anderem das Erfassen der Telefonate mit Journalisten und Abgeordneten – heftig kritisiert. OTZ/Jens Voigt